Mitglieder der Ku Klux Klan mit Mitgliedern anderer Klan-Orden aus Virginia 2011 bei einer Zeremonie auf privatem Grund in der Nähe von Powhatan, Virginia, USA. Foto: dpa

Verwirrung um Ku-Klux-Klan

Die Sicherheitsbehörden sind sich nun doch nicht ganz sicher, ob der Geheimbund im Südwesten als Gruppierung auftritt

Von Tatjana Bojic

Stuttgart. Das Landeskriminalamt in Stuttgart hat seine Angaben zum rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan in Schwäbisch Hall präzisiert. Erkenntnisse über den deutschen Ableger der rassistischen Terrorvereinigung stammen aus der Befragung eines Mannes mit dem Pseudonym Didi White, der sich als Deutschland- und Europachef des Bundes bezeichnet, teilte ein LKA-Sprecher am Montag mit. „Seine Angaben, wonach der Klan aus deutlich weniger als zehn Personen bestehe, konnten bisher nicht verifiziert werden. Insbesondere konnten bislang keine tatsächlichen Strukturen von Ku-Klux-Klan-Angehörigen in Schwäbisch Hall festgestellt werden".

LKA-Chef Dieter Schneider hatte am Wochenende gesagt, auf die neuen Aktivitäten des Klans seien die Experten der Ermittlungsgruppe „Umfeld" durch aktuelle Recherchen aufmerksam geworden. Der Ku-Klux-Klan ist in Deutschland nicht verboten.

Innenminister Reinhold Gall (SPD) betonte, „Didi White" stehe unter Beobachtung. Der Spielraum der Behörden hierfür, insbesondere der Polizei sei aber sehr begrenzt. „Wir bewegen uns im Rahmen des Möglichen." Er verwies auf das Landesamt für Verfassungsschutz. Bisher habe es keine Straftaten gegeben. Gall wunderte sich über die Aussagen des innenpolitischen Sprechers der Grünen, Uli Sckerl, wonach die Umtriebe in Schwäbisch Hall noch vor wenigen Tagen von den Behörden als gegenstandslos zurückgewiesen worden seien. „Wir berichten so transparent wie möglich." Bislang gebe es keine gesicherten Informationen zu Strukturen und Namen des Ku-Klux-Klans im Land. Erst wenn den Behörden ein Nachweis vorliege, dass der Bund gegen die Verfassung verstoße, könne ein Verbotsverfahren eingeleitet werden. Einen Zusammenhang zwischen dem Geheimbund und den Morden „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) gebe es nicht, so Gall.

Die neue Ermittlungsgruppe „Umfeld" sichte derzeit rund 120 Akten aus dem Ermittlungsverfahren gegen den NSU. Die Akten wurden der Ermittlungsgruppe zur Verfügung gestellt, die Verbindungen des rechtsextremen Neonazi-Trios NSU nach Baden-Württemberg ausleuchtet. „Alles, was die Akten hergeben, wird gesichtet."

Im vergangenen Sommer war bekanntgeworden, dass zwei Polizisten vor rund zehn Jahren Mitglieder des Ku-Klux-Klans in Schwäbisch Hall waren. Einer der beiden war Gruppenführer der Polizistin Michele Kiesewetter, die 2007 in Heilbronn getötet wurde. Dieser Mord sowie neun weitere an türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern werde den drei Rechtsterroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe zugerechnet.

HINTERGRUND

Rechtsextreme im Südwesten

Rund 2000 Menschen in Baden-Württemberg sind nach Schätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz rechtsextrem, meist handelt es sich um junge Männer. Die Zahlen sind seit mehr als zehn Jahren rückläufig: So gab es 2002 noch 4200 Rechtsextreme im Südwesten, im Jahr 2007 waren es 3000. In Baden-Württemberg wurden im vergangenen Jahr mehr rechtsextreme Straftaten begangen als 2011. Die Behörden registrierten einen Anstieg von elf Prozent auf 1112 Fälle. In rund 70 Prozent handelte es sich um Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien. Damit machten rechte Straftaten etwa die Hälfte aller politisch motivierten Delikte aus.

„Aderlass" an den Gymnasien?

Verband: Hunderte Lehrerstellen Opfer von grün-rotem Sparkurs

Stuttgart. (rol) CDU-Landeschef Thomas Strobl und der Landesvorsitzende des Philologenverbands, Bernd Saur, werfen der grün-roten Regierung vor, gegen die Gymnasien zu arbeiten. Die Beteuerungen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), das Gymnasium bleibe langfristig als zweite Säule neben der Gemeinschaftsschule bestehen, nannte Saur bloße „Lippenbekenntnisse".

Tatsächlich betreibe Grün-Rot die „schleichende Erosion" der „Aufsteigerschule", sagte Saur. So müssten die Gymnasien in den nächsten Schuljahren jeweils einen „Aderlass" von „mindestens 359 Deputaten" verkraften – teils aufgrund allgemeiner Stellenstreichungen, teils aufgrund von Ressourcen, die auf andere Schulen übertragen werden.

Auch die geplante Reform der Lehrerausbildung ist dem Verband ein Dorn im Auge. Die, warnte Saur, werde zu einer „Niveauabsenkung" führen. Er äußerte zudem den Verdacht, dass es Grün-Rot mit der Erstellung eines eigenständigen Bildungsplans für das achtjährige Gymnasium nicht eilig habe. Strobl sagte, das Gymnasium werde von der Regierung „Stück für Stück kaputtgemacht". Die CDU stehe „an der Seite derjenigen, die das Gymnasium erhalten wollen". Es gelte zu verhindern, dass am Ende Privatschulen „als Ersatz für ein nicht mehr funktionierendes öffentliches Schulwesen" herhalten müssten.

Der gemeinsamen Pressekonferenz war eine Debatte von Saur mit dem CDU-Landesvorstand vorausgegangen, in der sich beide Seiten leicht auf Kritikpunkte an der Regierungspolitik einigen konnten. Spannender dürfte der vereinbarte Auftritt des Landeschefs des Philologenverbands bei den Grünen werden.

Das Kultusministerium widersprach gestern den Vorwürfen, die Gymnasien würden benachteiligt. Auch die beklagten Stellenstreichungen seien nicht nachvollziehbar. Im Doppeletat 2013/14 seien zwar im Zuge der Einsparmaßnahmen für die Gymnasien 201 (2013) und 239 (2014) Stellen für die Streichung vorgesehen. Zudem sollten bisher weitere 158 Stellen in andere Schularten umgeschichtet werden. Angesichts der hohen Anmeldezahlen an den Gymnasien werde man auf eine solche Verschiebung aber verzichten.

NACHRICHTEN

Früherer KZ-Aufseher verhaftet

Ein 93 Jahre alter früherer Bediensteter des Konzentrationslagers Auschwitz ist am Montag verhaftet worden. Laut Staatsanwaltschaft Stuttgart steht der Mann aus Aalen unter dringendem Tatverdacht, von Herbst 1941 bis zur Auflösung des Lagers im Frühjahr 1945 Morde im KZ unterstützt zu haben. Nach dpa-Informationen gehörte der Mann der Wachmannschaft des KZ an. Später arbeitete er dort als Koch. Der gebürtige Litauer wanderte 1956 nach Chicago aus. Dort arbeitete er bei der Gitarrenfirma Harmony. Im Jahr 1982 wurde er ausgewiesen, weil er den USA seine SS-Vergangenheit verschwiegen hatte.

Missbrauch: Priester entlassen

Wegen sexuellen Missbrauchs hat der Trierer Bischof Stephan Ackermann einen weiteren Priester seines Bistums entlassen. Der Geistliche aus dem Saarland habe sich in den 80er und 90-er Jahren an zwei Messdienerinnen vergangen, teilte das Bistum Trier am Montag mit. Strafrechtlich sind die Taten verjährt. Mit dem Rauswurf vom 2. Mai verliere der Geistliche im Ruhestand alle Rechte als Priester. Das Bistum Trier teilte zudem mit, dass einem weiteren Priester wegen sexuellen Missbrauchs die Ausübung des Priesteramtes untersagt worden sei.

Erler beschäftigt Lebensgefährtin

Der Spitzenkandidat der Südwest-SPD für die Bundestagswahl, Gernot Erler, beschäftigt seine Lebensgefährtin in seinem Freiburger Wahlkreisbüro. Das Arbeitsverhältnis stehe im Einklang mit dem Abgeordnetengesetz und den Rechtsvorschriften des Deutschen Bundestages, sagte Erler einer Zeitung. Er habe Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) gebeten, ihm „dies zu bestätigen". Einzelheiten zu der Anstellung nannte er nicht, betonte aber: „Dieser Umstand ist in meinem Wahlkreis seit Jahren bekannt." Nichteheliche Lebensgemeinschaften fallen laut Bundestag nicht unter das Abgeordnetengesetz. Aber: „Der Ersatz von Aufwendungen für Arbeitsverträge mit Mitarbeitern, die mit dem Mitglied des Bundestages verwandt, verheiratet oder verschwägert sind oder waren, ist grundsätzlich unzulässig."

Kretschmann ist sich mit Trittin nicht grün

Die massiven Steuerpläne der Bundes-Grünen bringen den konservativen Regierungschef nun in Erklärungsnot

Von Basil Wegener

Berlin/Stuttgart. „Wir müssen verhindern, dass eine große Koalition kommt", hämmert Jürgen Trittin seinen Grünen immer wieder ein. Der Spitzenkandidat will Kurs halten. „Alle Menschen, die weniger als 60 000 Euro zu versteuerndes Einkommen haben, werden durch die Steuervorschläge der Grünen entlastet." Das sind laut Grünen-Steuerexperten gut 90 Prozent der Bevölkerung. Doch nicht alle sind damit glücklich.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) steht den Steuerbeschlüssen doch skeptisch gegenüber. Laut „Süddeutsche Zeitung" erklärte er am Wochenende bei einer Veranstaltung der Union mittelständischer Unternehmen in Berlin, man komme zwar um Steuererhöhungen nicht herum, doch müsse man dies „jetzt irgendwie in die richtige Balance bringen". Der Regierungschef habe mit Blick auf den Parteitag hinzugefügt: „Jetzt lassen wir mal dahingestellt, ob uns das vollkommen gelungen ist." In einem Interview hatte Kretschmann vor dem Parteitag Ende April gewarnt, Wirtschaft und Bürger mit höheren Steuern und Abgaben zu überfordern. In seiner Abschlussrede auf dem Parteitag lobte er dann aber, die Grünen hätten die „richtige Balance" gefunden. Vor den Unternehmen sagte er nun: „Ich verstehe selbstverständlich ihre Irritation über unseren Parteitagsbeschluss."

Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin (vorne) und Winfried Kretschmann Ende April in Berlin. Foto: dpa

Der Tübinger Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling meint, dass Kretschmann die Diskussion um die Steuerpläne gefährlich werden könnte. Er habe es geschafft, dass Unternehmer und Facharbeiter Vertrauen in die grüne Wirtschaftspolitik gefasst haben – und deshalb gar keine andere Wahl, als sich zumindest teilweise gegen die geplanten massiven Steuererhöhungen zu stellen. Der Konstanzer Politikwissenschaftler Wolfgang Seibel sieht Kretschmann im Spagat zwischen der Basis seiner Partei und der Wählerschaft. Aus Sicht des liberalen Bürgertums im Südwesten seien die Steuererhöhungsbeschlüsse das „falsche Signal". Andererseits müsse Kretschmann lavieren – „sonst bricht ihm die Parteibasis weg". Die Grünen hätten bei der Landtagswahl 2011 mit gut 24 Prozent weit mehr als ihre Stammwähler gewonnen. Etwa ein Drittel habe nur wegen Kretschmann und der moderaten Politik der Grünen im Südwesten die Ökopartei gewählt, und könnte sich auch vorstellen, bei FDP oder CDU ihr Kreuzchen zu machen.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke kritisierte, Kretschmann habe sich „das Chamäleon als Wappentier seiner Amtszeit ausgesucht". CDU-Landeschef Thomas Strobl hielt dem Regierungschef vor, in der Steuerpolitik sein „Fähnlein in den Wind" zu hängen. Grünen-Bundeschef Cem Özdemir sagte, dass er dankbar dafür sei, dass Kretschmann „im Vorfeld des Parteitags darauf hingewiesen hat, dass man die Gesamtbelastung im Blick behalten muss." Dies sei im Wahlprogramm berücksichtigt worden. „Insofern ziehen wir nicht nur am selben Strang, sondern sogar in dieselbe Richtung."

Doch nur ein „Haufen Blech"

Sollen sich Roboter künftig um Bedürftige kümmern? – Keine gute Vision, findet ein Experte

Von Ingo Senft-Werner

Karlsruhe. Der Karlsruher Robotik-Professor Rüdiger Dillmann warnt vor dem Einsatz von Robotern als Pflegekräfte. Ältere und bedürftige Menschen mit einer Maschine alleine zu lassen, sei nicht nur gefährlich, es führe auch zu einer „Verkindlichung". „Roboter müssen zurzeit noch mit einfachsten Befehlen angesprochen werden und reagieren entsprechend. Wenn das künftig die Ansprache ist, die alte Menschen erfahren, halte ich das für sehr problematisch", sagte Dillmann am Rande der von ihm organisierten Internationalen Konferenz für Robotertechnik und Automatisierung in Karlsruhe.

„Im Moment muss sich der Mensch noch dem Roboter anpassen – und nicht umgekehrt", erläuterte Dillmann. Die Maschine brauche präzise Anweisungen. Mit allgemeinen Äußerungen wie „Sei vorsichtig mit meiner Brille", könne ein Roboter nichts anfangen. Ein sinnvolles Gespräch sei noch in weiter Ferne. „Wir wären schon froh, wenn sie formulieren könnten, was sie nicht verstehen." Sinnvoll sei ihr Einsatz als Assistenten, etwa zum Aufräumen. Inzwischen gebe es auch große Fortschritte, wie sich Maschinen selbst weiterentwickeln könnten. „Letztendlich bleiben sie aber ein Haufen Silizium und ein Berg Blech."

Der Roboter im Robbenfell soll die emotionale Ebene Demenzkranker erreichen. Foto: dpa

Die Wissenschaftler befassen sich bei ihrem Treffen auch mit ethischen Fragen. „Eine aktuelle Problemstellung haben wir ja schon beim Militär: Können Drohnen darüber entscheiden, welcher Mensch leben oder sterben soll." In der Medizin und der Pflege gebe es weitere offene Fragen, etwa inwieweit Roboter „menschliche Nähe" ersetzen dürften. Wie etwa ein Schmuse-Roboter aus Japan, der Zugang zu Menschen mit Demenz finden soll. Der Plüschroboter ist mit Sensoren ausgestattet, reagiert auf Stimmen, ruft wie eine Robbe, öffnet die Augen und kann seinen Kopf wie ein Kind auf die Brust legen.

Dillmann hält die ethische Debatte für sehr wichtig. „Wir sollten nicht alle unsere Forschungsergebnisse auch umsetzen, nur weil wir es können. Sie müssen gesellschaftlich wichtig und gewollt sein."

Schwarzwälder knackt Lotto-Jackpot

Stuttgart. (lsw) Ein Glückspilz aus dem Schwarzwald hat den Lotto-Jackpot geknackt und kassiert 14,2 Millionen Euro. Bundesweit war der Spieler aus dem Kreis Freudenstadt der Einzige, der die richtigen Zahlen getippt hat, wie Lotto Baden-Württemberg am Montag in Stuttgart mitteilte. Für seinen Millionencoup hatte er lediglich zwei Spielfelder ausgefüllt und dafür zwei Euro eingesetzt.

Laut Lotto-Gesellschaft liegt der Gewinn von 14,2 Millionen Euro auf der Liste der größten Lotto-Einzelgewinne bundesweit auf Platz 21. Der bisher größte Einzelgewinn im „6 aus 49" ging 2006 nach Nordrhein-Westfalen. Für Baden-Württemberg war es der fünfthöchste Einzelgewinn aller Zeiten.

Die Ziehung am Samstag wurde erstmals nach neuen Regeln gespielt. Eine neue Gewinnklasse soll Spieler anlocken, die Zusatzzahl fiel weg. Schon mit zwei Richtigen plus Superzahl gibt es künftig was zu gewinnen.